

1892/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Stadler, Mag. Haupt
und Kollegen

an die Frau Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten
betreffend Lehrerstelle für Abg.z.NR Dr. Sonja Moser am Pädagogischen Institut in Innsbruck

Mehreren österreichischen Medienberichten der letzten Wochen zufolge ist zu entnehmen, daß der ehemaligen Familienministerin und nunmehrigen Nationalratsabgeordneten Dr. Sonja Moser ein mit 19 Wochenstunden limitierter Arbeitsplatz als Koordinatorin in EU-Angelegenheiten am Pädagogischen Institut in Innsbruck zugewiesen wurde. Weiters ist den Berichten zu entnehmen, daß die Stelle ohne Ausschreibung vom Land, sondern auf Weisung des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten geschaffen worden sei. Dieser Umstand wird erhärtet durch die Aussage von LR Astl, wonach einem Ansuchen um Genehmigung einer solchen Stelle im Dezember 1995 keineswegs stattgegeben worden sei und daß das Ministerium diesen Posten ausschließlich für Dr. Moser geschaffen habe. Darüber hinaus existiert ein Rundschreiben der ehemaligen Ministerin Dr. Moser an alle Schulen, in dem ein in Salzburg ansässiges "Fachinstitut für Schülerbetreuung" österreichweit eine Nachmittagsbetreuung für Schüler um bis zu 2.500.-- monatlich unter Bezuschussung der Gemeinden angeboten wird, wobei die entsprechenden Räumlichkeiten von den Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt werden müßten. Es mutet in jedem Fall aufklärungsbedürftig an, inwieweit die zeitliche Beanspruchung im Zuge der Ausübung eines Nationalratsmandats mit einer Halbtagsstelle in Innsbruck so wie die Beschäftigung in einem von Dr. Moser geleiteten Schülerbetreuungsinstituts in Salzburg vereinbar sei.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nachstehende
Anfrage:

1. Wurde der Posten am Pädagogischen Institut in Innsbruck der Frau Dr. Moser zugewiesen wurde, öffentlich ausgeschrieben und wenn ja, wieviele Mitbewerber zu verzeichnen und wenn nein, warum nicht?
2. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um diese Stellenvergabe im Falle der Nichtausschreibung wieder rückgängig zu machen?
3. Halten Sie es für gerechtfertigt, daß im Falle von Dr. Moser bei einem Monatsbezug von mehr als 50.000.-- monatlich aus "Versorgungsgründen" ein eigener Posten geschaffen wurde?
4. Wieviele derartige Posten wurden seitens Ihres Ressorts aufgrund der gesetzlichen Lage, wonach Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst einen Rechtsanspruch auf eine mit dem Mandat zu vereinbarende Anstellung hätten, geschaffen?
5. Inwieweit hat Dr. Moser auf der mit mehr als 400 Personen ausgewiesenen Warteliste für die Bewerbung um eine Lehrerstelle im Bundes- oder Landesdienst Berücksichtigung gefunden?
6. Entspricht es den in den Medien kolportierten Tatsachen, daß Dr. Moser auf den oben zitierten Posten am Pädagogischen Institut in Innsbruck mittlerweile verzichtet hat und wenn nein, inwieweit werden Sie darauf einwirken?
7. Inwieweit ist es Ihrer Meinung nach vereinbar, als Mandatsträgerin ein öffentliches Amt dazu zu benützen, einem Institut für Schülerbetreuung Wettbewerbsvorteile zu verschaffen und dadurch die Schulen in ihrer Entscheidungsfreiheit womöglich zu beeinflussen?